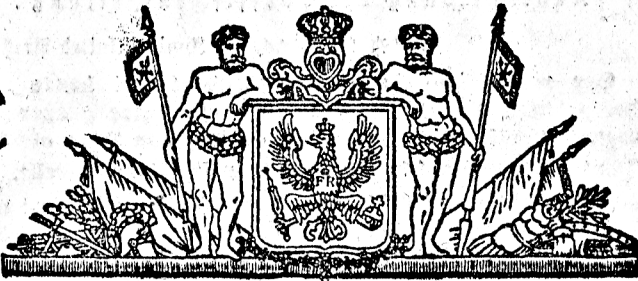


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

## Ermborn mit der Kabinettsbildung betraut.

### Die Schwierigkeiten der Lage.

Amlich wird gemeldet: „Der Reichspräsident hatte heute vormittag mit dem Abgeordneten der Zentrumsfraktion Geheimrat Dr. Ermborn eine längere Besprechung, in deren Verlauf Dr. Ermborn die großen Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident ersuchte Ermborn unter Hinweis auf den Ernst der Situation gleichwohl, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dr. Ermborn nahm diesen Auftrag an.“

Die Mission des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, ist ebenfalls gescheitert. Dr. Heinze hat dem Reichspräsidenten gestern abend mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts auszuführen. Reichspräsident Ebert hat sich, wie von uns von vornherein als wahrscheinlich bezeichnet wurde, nunmehr an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Dr. Ermborn, gewandt und ihn mit der Kabinettsbildung betraut.

Herrmann Müller hatte sich nach seiner Betrauung an die Unabhängigen mit der Einladung gewandt, sich an der Kabinettsbildung zu beteiligen. Die Absage der Unabhängigen bereitete seinen Bemühungen ein rasches Ende. Dr. Heinze hat an die Mehrheitssozialisten die Frage gerichtet, ob sie sich an einer nach rechts erweiterten Koalition beteiligen würden und bereit wären, zusammen mit der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten einen Mehrheitsblock und ein Kabinett zu bilden. Ebenso rasch wie die Unabhängigen Herrmann Müller, hat Herrmann Müller namens der mehrheitssozialistischen Fraktion Dr. Heinze abgelehnt geantwortet. Die gemeinsame Konferenz der mehrheitssozialistischen Fraktion und des Paritätsausschusses, die gestern stattfand und über die wir an anderer Stelle ausführlicher berichteten, hat einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Jede Beteiligung an einer nach rechts erweiterten Koalition ist abzulehnen.
2. Die Bildung eines Kabinetts nur aus den Parteien der Linken ist wegen der ablehnenden Haltung der Unabhängigen unmöglich.
3. Die Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet.

Die Beschlüsse wurden gestern abend von Herrmann Müller und dem Abg. Lobe Herrn Dr. Heinze mitgeteilt. Dr. Heinze hat daraufhin, wie erwähnt, sofort den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Er hat nach dem Mißlingen des Versuches einer neuen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten dem Reichspräsidenten keinen anderen Vorschlag gemacht. Er hat dem Reichspräsidenten weder ein Wirtschaftskabinett noch die Bildung einer Reichsregierung aus den bürgerlichen Parteien in Antrag gebracht. Aus einem parteioffiziösen Kommentar ergibt sich, daß diese Zurückhaltung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei damit zu erklären ist, daß die Deutsche Volkspartei diesen — dritten Versuch einer Lösung dem zu einer Vermittlerrolle geeignet erscheinenden Zentrum überlassen will. Zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum haben, wie wir berichteten, am Sonnabend sehr eingehende Verhandlungen stattgefunden.

Welche Vorschläge Dr. Ermborn dem Reichspräsidenten machen wird, ist mit Bestimmtheit nicht vorauszusagen. Es wird aber in politisch orientierten Kreisen für unwahrscheinlich gehalten, daß Dr. Ermborn gleich Herrmann Müller und Dr. Heinze eine Lösung der Krise durch eine parteipolitische Kombination erstreben wird. Es herrscht der Eindruck vor, daß der Zentrumsführer dieses parteipolitische Moment bei seinen Verhandlungen ausschalten und das wirtschaftspolitische Moment in den Vordergrund schieben wird. Es ist nicht anzunehmen, daß Dr. Ermborn dem Reichspräsidenten empfehlen wird, nunmehr eine Regierung aus den bürgerlichen Parteien zu bilden. Da sich die Demokraten an einer solchen Kombination nicht beteiligen würden und auch das Einverständnis der Bayerischen Volkspartei kaum zu erringen wäre, ergäbe sich im Reichstage keine Mehrheit, und ein bürgerliches Kabinett, das mit einer Minderheit gegen die beiden sozialistischen Parteien und die Demokraten regieren wollte, wäre eine glatte Unmöglichkeit. Der Gedanke ist auch von den maßgebenden Männern vollständig fallen gelassen worden.

Im Vordergrund steht deshalb augenblicklich wieder die Idee eines Wirtschaftskabinetts, eines „Kabinetts des Wiederaufbaues“, und in dieser Richtung werden wohl auch die Bemühungen Dr. Ermborns sich geltend machen. Man nennt bereits Namen, die für eine solche Kombination in Betracht kämen. So heißt es, daß als Reichskanzler der ehemalige Oberbürgermeister von Straßburg, Dr. Schwander, vorgeschlagen werde, der einige Wochen lang auch Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes unter Graf Hertling gewesen ist. Dr. Schwander wird als eine Persönlichkeit be-

zeichnet, die allen Parteien genehm sein könnte. Für das Reichsministerium des Innern wird Geheimrat Simons genannt, der bei den Verhandlungen in Versailles hervorragend mitgewirkt hat. Für das Reichswirtschaftsministerium Geheimrat Wiedfeld, für das Reichsministerium der Finanzen der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim; das Reichsministerium des Innern soll Severing, dem gegenwärtigen preussischen Minister des Innern, angeboten werden.

Ob der Gedanke eines Wirtschaftskabinetts sich wirklich verwirklichen lassen, das hängt von der Haltung der Mehrheitssozialisten und der Demokraten ab. Daß die Mehrheitssozialisten ablehnen werden, steht fest, und damit ist das Scheitern auch dieser Kombination wahrscheinlich.

Was dann? Von allen arithmetisch-politischen Kombinationen, die die Zahlen des Wahlergebnisses vom 6. Juni so oder so gruppiert überhaupt zugelassen, sind dann alle erschöpft bis auf eine: die alte Koalition, deren Wiederaufrechterhaltung bisher noch von keiner Seite versucht worden ist und auf die man vielleicht als püde de resistance zurückgreifen will, wenn alle anderen Lösungsversuche nicht zum Erfolg geführt haben, weil man doch schließlich eine Mehrheit und ein Kabinett zustande bringen muß und diesen gefährlichen Zustand des Interregnums einer demissionierten Reichsregierung nicht ins Unbestimmte fort dauern lassen kann. Das Zentrum wäre, wie man glaubt, auch für diesen Ausweg zu haben, ebenso die Demokraten. Es käme also wieder auf die Mehrheitssozialisten an, die aber in dem gestrigen Beschlusse auch die alte Koalition zu verwerfen scheinen. Wenn man aber das offizielle Communiqué der Mehrheitssozialisten liest, in dem gesagt wird:

„Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird gegenwärtig als unhaltbar bezeichnet.“

Dann fragt man sich, ob der Ton auf das Wort „unmöglich“ oder auf das Wort „gegenwärtig“ zu legen ist. Wenn die Wendung so verstanden sein soll, daß die alte Koalition nur gegenwärtig mit Rücksicht auf das Ergebnis der Wahlen unmöglich ist, dann würde das nicht ausschließen, daß nach dem Rückschlagen aller anderen Kombinationen die Mehrheitssozialisten zu einer Mehrheitsbildung innerhalb der alten Koalition, die vielleicht Zuwachs aus kleineren Gruppen erhalten könnte, bereit sein würden. Der gestrige Beschlusse soll offenbar nicht als eine Absage an den Koalitionsgedanken überhaupt gedeutet werden. Die Mehrheitssozialisten halten im Gegenteil an ihm fest. Vielleicht muß hier, wenn alles andere versagt hat, der Ausweg aus der Krise gesehen werden.

(Siehe auch dritte Seite.)

## Gegenrevolution in Rußland?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 14. Juni.

Einer Havasmeldung aus Tokio zufolge erfährt die japanische Zeitung „Asahi Schimbun“ aus Wladiwostok, daß dort ein Moskauer Funkpruch aufgefangen wurde mit der Nachricht vom Ausbruch der Gegenrevolution in Rußland. Trotz soll getötet, Lenin verwundet sein und eine neue Regierung unter General Brussilow sich gebildet haben. Diese Nachricht ist nach übereinstimmender Ansicht der Pariser Presse mit der größten Vorsicht anzunehmen. Auch in amtlichen Kreisen ist vom Ausbruch einer Gegenrevolution in Rußland nichts bekannt.

Andererseits muß die Tatsache bekümmern, daß seit dem 11. Juni die französischen Funkstationen aus Moskau nur ganz unverständliche Funkprüche erhalten. Gestern abend kam eine drastische Botschaft in russischer Sprache an, die völlig unentzifferbar war. Man erinnert sich, daß schon einmal zu Beginn der polnischen Offensive die Moskauer drastische Station stilllag. Es wurde damals über eine schwere Explosionskatastrophe berichtet, die die Funkstation teilweise zerstörte. Danach hat der drastische Dienst Moskau eine Zeitlang wieder funktioniert. Es ist aber möglich, daß die Störungen nicht vollkommen behoben wurden und jetzt wiederum die Abgabe von Funkprüchen verhindern.

In amtlichen Pariser Kreisen wird erklärt, daß man keine Kenntnis von der gemeldeten Gegenrevolution in Rußland habe.

## Regierungskrise in Norwegen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Kopenhagen, 14. Juni.

Das norwegische Ministerium Gunnar Knudsen wird wahrscheinlich seinen Abschied heute einreichen. Man erwartet, daß das Kabinett bei der heute im Storting stattfindenden Beratung des Straßenbudgets in die Minderheit geraten wird. Es ist anzunehmen, daß in diesem Falle der Stortingpräsident Salvorsten mit der Bildung der neuen Regierung betraut werden wird.

## Arithmetik oder Politik?

Der Beschluß der Mehrheitssozialdemokratie, vorläufig auch der alten Koalitionsregierung nicht wieder angehören zu wollen, beweist, daß diese Partei gar kein Vertrauen mehr zu ihrem politischen Leistungsvermögen hat und nicht glaubt, daß die Wiedertehr der alten Gesamtkoalition, in der das Zentrum einen größeren Einfluß, als bisher, haben würde, auf die Dauer eine parlamentarische Mehrheit bringen und festigen könne. Die sozialdemokratischen Führer haben aber nicht den Mut, diesen politischen Bankrott offen einzugehen. Sie wählen die alte in Deutschland beliebte Taktik, zu erklären, daß sie „umzingelt“ seien. Diesmal ist der andere, der die Schuld trägt, die unabhängige Sozialdemokratie. Der „Vorwärts“ hat sie bereits am Sonnabend unter der Ueberschrift angeklagt: „Die U. S. P. will Helfferich!“ Aber was will denn eigentlich die S. P. D.? Die logische Konsequenz ihres Handelns würde doch die Mitwirkung der Deutschnationalen an der Regierung und womöglich eine Ministerschaft Helfferich sein. Die unabhängige Sozialdemokratie handelt von ihrem Standpunkt aus wenigstens folgerichtig, wenn sie eine möglichst rechts gerichtete bürgerliche Regierung erstrebt. Denn dadurch würde einer weiteren Radikalisierung der Massen die Wege geebnet. Dabei würde die Mehrheitssozialdemokratie am ehesten unter den Schlitzen kommen. Deshalb darf gerade sie Helfferich nicht wollen. Aber sie handelt, als ob sie ihn wollte, weil sie eben gar nichts will, als die Verantwortung für alles, was jetzt kommt, auf andere Schultern abzuladen. In diesem Bestreben ist auf der gestrigen sozialdemokratischen Konferenz Reichsminister David sogar soweit gegangen, das Volk anzuschreien, weil es nicht richtig gewählt habe. „Das Volk möge nun sehen, wie es sich aus der Patzche helfe, wie man sich bette, so liege man.“ Eine wundervolle Auffassung von Demokratie! Und die Masse absolut, wenn sie unseren Willen tut. Damit kann man sich aber von der Verantwortung nicht lossagen. Besonders nicht ein Minister, der seit Bethmann Hollweg dauernd alle Hasen der deutschen Politik bestrahlt und mit dazu beigetragen hat, das deutsche Volk von Krise zu Krise zu treiben. Die Sozialdemokraten sind böse mit dem Volk! Das ist das Satirepiel dieser Stunde.

Ist das ein Bruch oder nur das Schmelzen der Primadonna, die bloß ihre Unentbehrlichkeit zeigen, aber schließlich im letzten Augenblick doch noch großmütig die Aufführung ermöglichen will? Man tut gut daran, sich auf die Ueberwindung vorzubereiten, daß die alte Koalition nach ausreichenden Verhandlungen hinter den Kulissen plötzlich doch wieder aus der Versenkung emporsteigt. Man beachte im dritten Punkt der Beschlüsse der sozialdemokratischen Konferenz, das bedeutungsvolle Wortchen „gegenwärtig“. Die alte Koalition würde für den Augenblick ein Fortarbeiten ermöglichen und ernste Konflikte verhüten. Wogegen jede andere künstliche Zusammenschweifung parlamentarischer Fraktionen zu einer Mehrheit die ernste Gefahr von Arbeiter-Geenaktionen in greifbarer Nähe rücken. Aber kein politisches Kabinett kann augenblicklich auf die Dauer Ruhe schaffen und eine endgültige Lösung der Krise versprechen. Denn keine Parteienkombination wird sich auf ein Programm einigen, das mehr ermöglicht, als ein vorübergehendes Fortwursteln. Jede rein politische Kombination bedeutet Neuwahlen zum Herbst oder zum Winter.

Diesen Luxus kann sich Deutschland aber nicht leisten. Denn die Konferenz in Spa steht vor der Tür. In Spa sollen bindende Verpflichtungen eingegangen werden, die für die Entente nicht minder, als für Deutschlands Zukunft wichtig sind. Von den Abmachungen in Spa, wird es abhängen, ob Deutschland noch Herr seiner Finanzen bleiben oder ob es wirtschaftlich und finanziell unter eine internationale Oberhoheit gestellt werden wird. olche Vormundschaft aber würde die dauernde Unmöglichkeit eines produktiven Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft bedeuten.

Diese Katastrophe kann nur verhindert werden, wenn eine Regierung nach Spa geht, die nicht auf Zufallsmehrheiten aufgebaut ist und die ein Programm besitzt. Ein Programm des internationalen Vertrauens erweckt und außerdem (auch durch die Persönlichkeiten, die das Programm vertreten) die Bürgerschaft frei eine dauernde Anerkennung durch das deutsche Volk bietet. Diese Aufgabe zu lösen, ist keine der politischen Parteien augenblicklich imstande. Es muß deshalb über die Parteien hinweg eine Verständigung zwischen Gewerkschaft und Industrie und Landwirtschaft gesucht werden.

Es wird Sache des Reichspräsidenten sein, einen Mann zu finden, der diese Lösung versucht. Gelingt sie, so wird das Parlament die ehrliche Arbeit ehrlicher Männer nicht zu stören wagen. Der als Reichskanzler vom Präsidium zu berufende Mann wird auf Grund eines positiven Aufbauprogramms Mitarbeiter von Rang finden. Mitarbeiter, die nicht als Parteimänner, sondern als Persönlichkeiten, als Sozialistler, als Deutsche sich dem Volk zur Verfügung stellen. Reichsminister Schiffer hat gegen die Arbeitsfähigkeit eines solchen Wirtschaftsministeriums den Einwand erhoben, daß in der augenblicklichen Lage jedes deutsche Kabinett fortgesetzt Beschlüsse fassen müsse, die nur nach politischen Gesichtspunkten gefaßt werden können. Selbstverständlich! Es ist auch falsch, solch ein Kabinett als unpolitisch zu bezeichnen. Es soll nur nicht